

Schleswig-Holsteinischer Landtag □
Umdruck 16/4034

Vorsitzender
des Finanzausschusses des Schleswig-
Holsteinischen Landtages
Herrn Günter Neugebauer, MdL

- im Hause -

Wolfgang Kubicki, MdL
Fraktionsvorsitzender

*FDP-Fraktion im
Schleswig-Holsteinischen Landtag
Landeshaus, 24171 Kiel
Postfach 7121
Telefon: 0431/9881481
Telefax: 0431/9881496
E-Mail: wolfgang.kubicki@fdp.ltsh.de
Internet: www.fdp-sh.de*

03.03.2009

**Fragen der FDP-Fraktion zum Gesetzentwurf der Landesregierung
„Errichtung der HSH Finanzfonds AöR“ - Drucksache 16/2511**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

ich bitte Sie, dafür Sorge zu tragen, dass die Landesregierung die folgenden Fragen der FDP-Fraktion schriftlich beantwortet und die Antworten den Mitgliedern des Finanzausschusses rechtzeitig vor der kommenden Sitzung des Finanzausschusses zuleitet.

Mit freundlichen Grüßen

gez. □
Wolfgang Kubicki

Fragen der FDP-Fraktion zur Drucksache 16/2511 „Gesetzentwurf: Errichtung der HSH Finanzfonds AÖR“

1. Gewährträgerhaftung

- 1.1. Was ist die genaue Höhe der bis zum 18. Juli 2005 begründeten Verbindlichkeiten der HSH mit Stand 31.12.2008, für die Schleswig-Holstein als Gewährträger haftet?
- 1.2. Von welchem tatsächlichen Haftungsbetrag geht die HSH in ihren Berechnungen aus und mit welcher statistischen Eintrittswahrscheinlichkeit rechnet die Bank?

2. Finanzhilfen des SoFFin

- 2.1. Nach der Finanzmarktstabilisierungsfonds-Verordnung wird eine „im Einzelfall angemessene Eigenmittelausstattung des begünstigten Finanzunternehmens“ zur Garantiegewährung vorausgesetzt. Zur Erreichung dieser Eigenkapitalanforderung kann grundsätzlich eine Rekapitalisierungshilfe des SoFFin in Anspruch genommen werden (S.9). Welche Verhandlungen wurden wann und mit welchem Inhalt mit dem SoFFin und dem Bundesfinanzministerium geführt?
- 2.2. Was sind im Einzelnen die Gründe, warum die Landesregierung davon ausgeht, dass diese Rekapitalisierungshilfe von den Eigentümern erbracht werden müssen? Treffen insbesondere Informationen zu, nach denen die Landesregierungen gegenüber dem SoFFin bereits im November eine eigene Rekapitalisierungshilfe der Länder akzeptiert haben? Wenn ja, was waren im Einzelnen die Gründe dafür?
- 2.3. Treffen die Meldungen in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 24. Februar 2009 zu, dass der SoFFin nicht bereit sei, der Bank Eigenkapital zur Verfügung zu stellen, weil dem SoFFin bislang kein schriftliches Konzept zur Neustrukturierung vorliegt? Wann hat die Bank das Konzept beim SoFFin offiziell eingereicht?

3. Rekapitalisierungskonzept

- 3.1. Um welche Form von Kapitalerhöhung handelt es sich konkret?
- 3.2. Welchen Anteil hält das Land Schleswig-Holstein nach der geplanten Kapitalerhöhung an der HSH Nordbank?

- 3.3. Wofür sollen nach den Planungen der Bank im Einzelnen die 3 Mrd. Euro zusätzlichen Eigenkapitals verwendet werden (bitte aufschlüsseln, z.B.: Abdeckung des Jahresverlustes 2008, Risikoabschreibungen, Reduzierungen des Neugeschäfts, Gebühren etc.)?
- 3.4. Wenn die Bank davon ausgeht, dass sich bis zum Jahr 2012 durch konjunkturelle Effekte sowie zwischenzeitliches Neugeschäft eine Belastung der Kernkapitalquote ergeben wird und die Bank erst ab 2012 ein normalisiertes Wirtschaftswachstum annimmt (S. 19), worauf basiert im Einzelnen die Annahme, dass für die Bank ab 2010 wieder ein moderates Wachstum erwartet wird (S. 17)?
- 3.5. Was sind die konkreten Inhalte der von PwC durchgeführten kritischen Kommentierung der Risiken im Kredit- und Wertpapierportfolio?
- 3.6. Treffen die Meldungen der „Welt Online“ vom 7. Februar 2009 zu, dass die KPMG bei ihrer Prüfung des Jahresabschlusses 2007 Fehler gefunden habe und es dadurch zu einem Restatement der Bilanz für das Jahr 2007 kommen werde?
- 3.7. Zu welchen Ergebnissen kommt die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG in ihrem „Stress-Szenario“?
- 3.8. Wie beurteilt die Landesregierung die am 18. Februar 2009 getroffene Aussage des Vorstandsvorsitzenden Nonnenmacher im „Hamburger Abendblatt“, dass er weitere Risiken für die Bank nicht ausschließen kann, z.B. wenn sich aus dem mittelfristig abzubauenem Wertpapierbestand weitere Risiken ergeben sollten?
- 3.9. Treffen Meldungen aus „Die Welt“ vom 24. Februar 2009 zu, wonach in Regierungskreisen diskutiert wurde, ob die Eigenkapitalzuführung möglicherweise auf 5 Mrd. Euro ausgedehnt werden muss, schließlich werde die Eigenkapitalquote aufgrund der Verluste 2009 und 2010 wieder auf 7,1% absinken? Was waren im Einzelnen die Gründe, es bei der Eigenkapitalzufuhr von 3 Mrd. Euro zu belassen?

4. Verhalten der übrigen Anteilseigner

- 4.1. Wie ist die aktuelle Positionierung von J.C.Flowers in Bezug auf sein Engagement bei der Bank?
- 4.2. Teilt die Landesregierung die Einschätzung des Präsidenten des Sparkassen- und Giroverbandes vom 21. Februar 2009 in „Die Welt“, das neue Geschäftsmodell der

Bank berge beträchtliche Risiken und würde die Miteigentümer erheblich belasten?
Wenn nein, warum nicht?

5. Beihilferechtliche Aspekte

5.1. Was sind im Einzelnen die Gründe, warum die Landesregierung trotz Unsicherheit über die Maßstäbe der Prüfung (S. 23) durch die EU-Kommission, davon ausgeht, dass es zu einer Genehmigung des Pakets kommt?

5.2. Was wäre die Konsequenz, wenn es nicht zu einer Genehmigung durch die EU käme?

6. Gründung der AÖR

6.1. Die Finanzierung der Kapitalerhöhung erfolgt über den Kapitalmarkt (S. 25). Mit welchen Zinssätzen und welchen absoluten Zinsbelastungen rechnet die Landesregierung in den kommenden Jahren?

6.2. Auf welche Höhe (prozentual und absolut) wird die Garantieprämie festgesetzt?

6.3. Wie werden etwaige Verluste der Bank ausgeglichen, die dadurch entstehen könnten, dass die Garantieprämie von der Bank nicht aufgebracht werden kann, ohne die Eigenkapitalquote dadurch unter die 7%-Marke zu drücken?

6.4. Die Garantieprämie ist der Preis für die Risikoübernahme in Form der Garantie und nicht der Preis für die Überlassung von neuem Eigenkapital. Warum verwendet die Landesregierung die Prämie zur Bedienung der Kapitalkosten und nicht wie vorgesehen als Risikovorsorge?

6.5. Sollte die Garantie in Anspruch genommen werden, aus welchen Mitteln wird das erfolgen?

7. Fokussierung auf die Kernregion

7.1. Nach Angaben der Bank besteht in der Kernregion Norddeutschland eine Marktdurchdringung von über 50% bei den Zielkunden (S.6). Wie definiert die Bank Marktdurchdringung?

7.2. Was sind die Zielkunden?

7.3. Liegen der Landesregierung bzw. dem Wirtschaftsministerium Erkenntnisse vor, die eine Evidenz dieser Aussage belegen und damit einen Wert von 50% belegen?

- 7.4. Treffen Aussagen zu, dass bei der Bank gar keine Statistiken vorliegen, die etwas über das Kreditgeschäft unterhalb der Einheit „Deutschland“ erkennen lassen? Wenn ja, wie kann dann die o.g. Aussage überhaupt getroffen werden?
- 7.5. Teilt die Landesregierung die Aussagen von Wirtschaftsminister Dr. Werner Marnette vom 19. Februar 2009 im „Hamburger Abendblatt“, die Bank habe für mittelständische Unternehmen in Schleswig-Holstein keine große Bedeutung, auch ohne HSH werde es keine Kreditklemme geben? Welche Konsequenzen zieht die Landesregierung aus dieser Aussage?
- 7.6. Die Mitarbeiterzahl soll sich auf rund 3250 Vollzeitbeschäftigte im Jahr 2012 reduzieren (S. 17). Um wie viele Personen (nicht Stellen) handelt es sich?
- 7.7. In wie weit war und/oder ist der Gesamtbetriebsrat der Bank in den Personalabbauprozess eingebunden?
- 7.8. Wie stellt die Bank sicher, dass auf betriebsbedingte Kündigungen verzichtet wird?

8. Fokussierung auf die Schiffsfinanzierung

- 8.1. Wie beurteilt die Landesregierung die aktuelle Entwicklung im Bereich der Schiffsfinanzierungen?
- 8.2. Teilt die Landesregierung die Einschätzung der Bank aus ihrem „Shipping Monthly“ vom 26. Februar 2009, das Ausmaß der weltweiten Rezession übertrifft alle Erwartungen, es ist kein Ende der Talfahrt erkennbar, mit einer Stabilisierung des Chartermarktes wird nicht vor Mitte 2010 gerechnet?
- 8.3. Mit welcher Kreditausfallhöhe im Bereich der Schiffsfinanzierung rechnet die Bank in ihren Berechnungen?
- 8.4. Was sind im Einzelnen die Gründe der Landesregierung anzunehmen, dass trotzdem genügend Überschüsse in dem Bereich zu erwirtschaften sind, um ab 2011 wieder Dividenden an das Land zu zahlen?

9. Entscheidung im Aufsichtsrat

- 9.1. Was waren die Gründe, warum der Aufsichtsrat der strategischen Neuausrichtung bislang nicht zugestimmt hat?

- 9.2. Treffen Meldungen aus der „Süddeutschen Zeitung“ vom 2. März 2009 zu, dass nach Ansicht des Aufsichtsrates das Konzept zur Strategischen Neuausrichtung der Bank in der derzeitigen Form nicht zustimmungsfähig sei? Welche Schlüsse zieht die Landesregierung aus dieser Tatsache?
- 9.3. Haben Mitglieder der Landesregierung dem Konzept zugestimmt, im Glauben, dass der Aufsichtsrat bereits eine zustimmende Beschlussfassung gefällt hat?